

Ortsamt Burglesum XVIII. Beirat

Niederschrift über die 22. Beiratssitzung am 07. Mai 2013

- Verwaltungssaal von Friedehorst, Rotdornallee 64, Bremen -
Beginn 19:00 Uhr, Ende 21:25 Uhr

Anwesend waren:

die Damen und Herren Beiratsmitglieder

R. Hennig, B. Köhlitz, I. Lauterbach-Wenig, H. Große-Lindemann, H. Fricke, A. Strausdat -

B. Hornhues, B. Strecker, H. Lürßen, M. Hornhues -

B. Punkenburg, E. Friesen, U. Schnaubelt, Dr. H. Schmidtman -

A. Müller-Lang -

R. Tegtmeier -

F. Rath -

Herr Peter Sakuth, Fa. Nordbau GmbH & Co. KG

Herr Philipp Romeiser, Architekt

Vorsitzender: Herr Ortsamtsleiter Boehlke

Protokoll: Frau Hell-Nogai

*

A Öffentlicher Teil

Herr **Ortsamtsleiter Boehlke** eröffnet die Sitzung.

Die vorgeschlagene Tagesordnung ist form- und fristgerecht zugegangen. Es werden folgende Änderungen und Ergänzungen zur Tagesordnung vorgeschlagen:

Absetzung des TOP 1. Das Protokoll wurde erst heute an die Beiratsmitglieder verschickt. Daher wird die Genehmigung des Protokolls auf die nächste Beiratssitzung vertagt.

Absetzung des TOP 5 und Vertagung auf die nächste Beiratssitzung am 04.06.13.

Das Amt für Straßen und Verkehr hat zurzeit eine Planung zur Neugestaltung der Grünfläche beauftragt, deren Ergebnisse noch nicht vorliegen. Die Abstimmungsgespräche bezüglich der Brückenbeleuchtung laufen ebenfalls noch. Es besteht die Zusage, dass im Juni nähere Infos präsentiert werden können. Der Sprecherausschuss des Beirates hat einer Verschiebung in der letzten Woche zugestimmt.

Vorschlag zur Ergänzung der TO ist ein gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der Fraktionen zum „Erhalt des Medienzentrums“.

Herr Boehlke lässt über die Dringlichkeit abstimmen. Ergebnis: einstimmig. Der Tagesordnungspunkt wird unter TOP 8 aufgenommen.

Weitere Ergänzungen werden nicht genannt. Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

TOP 1: Genehmigung des Protokolls vom 09.04.2013

-abgesetzt-

TOP 2: Wünsche und Anregungen der Bürger/Innen

-keine-

TOP 3: Wünsche und Anregungen des Kinder- und Jugendbeirates

-keine-

TOP 4: Grundschule St. Magnus / Verzicht der Erweiterungsfläche an der Straße Blumenkamp (nochmalige Beratung gemäß BeiräteG)

Herr **Boehlke** teilt zunächst mit, dass sich die eingeladenen VertreterInnen von Immobilien Bremen und dem Senator für Bildung und Wissenschaft aus Termingründen entschuldigen lassen.

Herr **Boehlke** schildert den aktuellen Sachstand: Das Thema wurde auf der letzten Beiratssitzung am 09.04.13 mit nachfolgendem Beschluss beraten:

Beschluss (11 Ja-Stimmen [SPD, CDU, Linke, BW], 3 Enthaltungen [Grüne, SPD])

Der Beirat Burglesum hält, unter Berücksichtigung der geplanten Wohnbebauung, an seinem Beschluss vom 17. Juli 2012 fest.*

Der Beirat Burglesum stellt fest, dass er die zeitlichen Verzögerungen der vergangenen 5 Jahre nicht zu verantworten hat.

Der Beirat Burglesum sieht derzeit ein Einvernehmen nicht gegeben und verweist vorsorglich auf die Herstellung von Einvernehmen nach § 11 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter. Der Beirat verlangt, dass der Beratungsgegenstand innerhalb eines Monats auf die Tagesordnung der nächsten Beiratssitzung gesetzt wird, um das Einvernehmen herzustellen.

**Beschluss (einstimmig) vom 17. Juli 2012:*

Die Stadtgemeinde Bremen wird aufgefordert, das Vorkaufsrecht für die Schulerweiterungsfläche auszuüben.

Der Beirat Burglesum sieht derzeit ein Einvernehmen nicht gegeben und verweist vorsorglich daher auf die Herstellung von Einvernehmen nach § 11 i.V.m. § 9 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter.

Es ist nun eine nochmalige Beratung gemäß dem BeiräteG erforderlich. Zwischenzeitlich ist beim Ortsamt und der Beiratssprecherin ein Schreiben von Familie [REDACTED] mit Fragen an den Beirat eingegangen. Es gab am 25.04.13 ein Gespräch beim Senator für Bildung und Wissenschaft auf Wunsch des Beirates und Ortsamtes.

Herr **Boehlke** verliest ein Schreiben aus dem Bildungsressort:

Schülerweiterungsfläche St, Magnus.

Sehr geehrter Herr Boehlke,

bezugnehmend auf das mit Ihnen und Frau Hornhues hier im Hause geführte Gespräch teile ich Ihnen mit, dass wir Ihrem Wunsch entsprechend die Möglichkeit eines Teilankaufes des als Schülerweiterungsfläche ausgewiesenen Grundstücks in St. Magnus, selbstverständlich vorbehaltlich einer Zustimmung des Eigentümers, geprüft haben.

Da uns keine eindeutige Wertermittlung für das Grundstück vorliegt, beziehungsweise die Preisvorstellungen des Eigentümers im Falle eines möglichen Verkaufes nicht bekannt sind, konnte diese Prüfung lediglich auf Grundlage einer ungefähren Kostenannahme erfolgen. Zugrunde gelegt wurden dabei einerseits ein voraussichtlich zu veranschlagender Quadratmeterpreis bei Verkauf als Schülerweiterungsfläche und andererseits der mögliche Quadratmeterpreis bei Veräußerung als unerschlossenes Baugrundstück. Für beide Alternativen wurde von einem Ankauf von rund einem Drittel der Fläche, also 1.200 m² der insgesamt 3.600 m² ausgegangen.

Auf dieser Basis wäre im ersten Fall mit Kosten in Höhe von rund 100.000,- € zu rechnen, bei Veräußerung als unerschlossenes Baugebiet läge der vermutlich aufzuwendende Betrag noch einmal deutlich darüber. Ich möchte jedoch noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen, dass dem keine belastbaren Kostenannahmen zugrunde liegen, sondern wir uns lediglich um einen ungefähren Richtwert bemühen konnten, um die von Ihnen aufgeworfene Möglichkeit eines Teilankaufes bewerten zu können.

Zu der Frage, ob es vor diesem Hintergrund vertretbar wäre, einen Teil des Grundstückes anzukaufen um es für eine spätere eventuelle Schülerweiterung vorzuhalten, verweise ich auf die von Frau Lükling dem Beirat bereits mehrfach dargestellten Prognosen zur Schülerzahlentwicklung und die vorliegende Machbarkeitsstudie. Danach kann weiterhin davon ausgegangen werden, dass sowohl eine mögliche zukünftige Dreizügigkeit als auch eine eventuelle Ganztagsentwicklung im vorhandenen Flächenbestand dargestellt werden könnten, ohne dass die Schulhoffläche übermäßig beschnitten würde. Auch die mit den im Umfeld der Schule geplanten Neubauvorhaben verbundene Bevölkerungsentwicklung lässt nicht erwarten, dass die Schule künftig über eine Dreizügigkeit hinaus entwickelt werden muss. Es ist im Gegenteil eher davon auszugehen, dass eine durchgehende Dreizügigkeit nicht erreicht wird. Ein Ankauf des Erweiterungsgrundstückes auch in Form einer Teilfläche stellt demzufolge keine notwendige Voraussetzung dar um zukünftige schulische Bedarfe flächenmäßig darzustellen, von denen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht einmal mit Sicherheit gesagt werden kann, dass sie überhaupt eintreten werden.

Da ein Ankauf demgegenüber aber voraussichtlich Mittel in mindestens der oben angenommenen Höhe in Anspruch nehmen würde, die dann für andere Schulbauvorhaben nicht zur Verfügung stünden, wird in unserem Hause weiterhin kein Bedarf und keine Möglichkeit für einen Grundstücksankauf gesehen.

Weil Frau Lüking derzeit urlaubsabwesend ist und deshalb morgen nicht an der Sitzung des Beirates teilnehmen kann, bitte ich Sie, die Mitglieder des Beirates über den Inhalt dieses Schreibens zu informieren.

Abschließend stellt **Herr Boehlke** fest, dass weiterhin ein Dissens zwischen der Auffassung des Bildungsressorts und dem Beirat nach der vorliegenden Beschlusslage besteht.

Herr Strausdat legt dar, wie die SPD-Fraktion zur Entscheidung steht und warum sie auch weiterhin an ihrer Auffassung festhält. Frau Lüking hatte in einer Beiratssitzung erklärt, warum das Bildungsressort auf die Erweiterungsfläche verzichten möchte. Dieser Verzicht basiert auf der Annahme, dass die Schülerzahlen in der kommenden Zeit keinen Bedarf hergeben und sich der negative Trend zukünftig fort schreibt. Im Januar 2011 wurden vom Statistischen Landesamt Zahlen veröffentlicht, die belegen, dass der Bevölkerungsschwund geringer ausfällt, als erwartet. Auch 2012 veröffentlichte Zahlen bestätigen dies. Das Bildungsressort beruft sich lediglich auf das Geburtenregister und lässt Zuzüge aus anderen Bundesländern und dem EU-Ausland außer Acht.

In Bremen-Nord findet ein Generationenwechsel statt. Es ist davon auszugehen, dass sich der allgemeine Negativtrend in der Einwohnerentwicklung fortsetzt. Diesen möchte die SPD-Fraktion brechen, indem attraktive Wohnbebauung für junge Familien angeboten wird.

Im Schreiben der Senatorin für Bildung steht, dass man auch in Zukunft eine Erweiterung gewährleisten kann, ohne dass die Schulfläche übermäßig beschnitten wird. Wie die Bezeichnung „übermäßig“ auszulegen ist, sei dahingestellt. **Herr Strausdat** findet es bemerkenswert, wie unterschiedlich die Ressorts mit Grundstücksankäufen umgehen. Die WFB kauft Grundstücke an, um zukünftige Flächen von Gewerbeflächen nicht zu blockieren. Der Entschluss, an der Forderung festzuhalten, ist ein politischer Entschluss. Die Bildungsbehörde lässt die vorab genannten wesentlichen Aspekte außer Acht.

Frau Hornhues teilt mit, dass die CDU-Fraktion zum gleichen Schluss kommt und möchte noch um einige Aspekte ergänzen: Die schulische Entwicklung der Grundschule St. Magnus der vergangenen Jahre kann nicht als Indikator herangezogen werden. In den letzten Jahren wurden die Jahrgänge wegen des Umbaus bewusst klein gehalten. Der Jahrgang 1 ist in diesem Jahr schon dreizügig, im nächsten Jahr ist die Zweizügigkeit nur sehr knapp möglich. Allen ist die Haushaltsnotlage Bremens bewusst, aber es muss trotzdem Geld für notwendige Investitionen zur Verfügung stehen. Der Ankauf eines Grundstücks dürfte da der kleinste Faktor sein.

Frau Schnaubelt kann sich den Argumenten nicht anschließen. Die Fraktion der Grünen sieht die Sachlage anders. Das Einzugsgebiet für eine Grundschule darf nur so groß sein, dass es für alle Schüler erreichbar sein muss. Der Lesum-Park würde als Einzugsgebiet somit nicht zur Diskussion stehen. Der Generationenwechsel findet bereits statt, dies geschieht aber nicht auf einmal. Die Grundschule St. Magnus wechselte auch in der Vergangenheit immer von der Zwei- zur Dreizügigkeit.

Wenn jetzt ein Grundstücksankauf getätigt wird, bleibt das Grundstück „liegen“, weil Bremen kein Geld hat. Wenn ein Bedarf entsteht, kann auch auf dem vorhandenen Grundstück erweitert werden.

Herr Rath stimmt Frau Schnaubelt zu, dass im Bestand „intelligent“ umgebaut werden kann. Es ist eindeutig, dass Bildung nicht kaufen will. Was ist mit den Interessen des Grundstückseigentümers? Wird das Verfahren noch weiter blockiert? Wäre nicht ein Ankauf von 1/3 der Grundstücksfläche eine denkbare Lösung?

Herr Boehlke: Dem Beirat wurde ein solcher Entwurf schon einmal vorgestellt und wurde als Option offen gehalten.

Frau Müller-Lang schließt sich den Ausführungen von Herrn Rath an und möchte auf die gleichen Argumente hinaus. Es bedarf Mut, einen gefassten Beschluss nochmals zu überdenken, auch wenn er einmal einstimmig gefasst wurde. Bisher ist der erwartete Anstieg der Schülerzahlen nicht eingetreten. Bisher hat sich die Schulleitung St. Magnus noch nie zu einem Bedarf geäußert.

Frau Müller-Lang findet, dass auf das Zeitgeschehen eingegangen werden muss und der Grundstückseigentümer nun zu seinem Recht kommen muss. Deshalb plädiert sie dafür, das Grundstück freizugeben.

Frau Hornhues: Das entspricht nicht den Tatsachen, die Schulelternvertreter waren bei jeder Beiratssitzung, in der das Thema beraten wurde und haben für den Erhalt der Fläche plädiert. Zur Äußerung von Frau Schnaubelt merkt sie an, dass die Dreizügigkeit erst seit 4 Jahren realisierbar war und jetzt, nach dem Umbau keine durchgängige Dreizügigkeit darstellbar ist. Die Verfahrensdauer ist kein Verschulden des Beirats, sondern liegt an der Bildungsbehörde, die den vorgeschriebenen Verfahrensweg nicht eingehalten hat. Bisher wurde, außer vom Beirat Burglesum, kein politischer Beschluss zur Sache gefällt. Die Bildungsdeputation hat sich noch nicht mit dem Thema befasst.

Herr [REDACTED], Grundstückseigentümer meint, dass man sich als Deputierter aus eigener Initiative mit der Angelegenheit hätte befassen können. Er fragt Frau Hornhues, was sie als Mitglied der Bildungsdeputation bisher getan hat.

Frau Punkenburg sieht das Ganze als aussichtsloses Verfahren mit dem man nicht weiter kommt.

Frau Hornhues teilt mit, dass sich in der kommenden Sitzung die Deputation mit der Sache befassen wird.

Herr Hennig stellt fest, dass gem. §11 Beirätegesetz kein Einvernehmen hergestellt wurde, somit geht die Beratung in der Deputation weiter. Er ist nicht bereit, die Schularbeiten für Immobilien Bremen und die Bildungsbehörde zu machen.

Herr [REDACTED] teilt mit, dass es am 21. Januar 2009 eine Anfrage in der Deputation zum Thema Schülerweiterungsfläche gab. Nach dem Deputationsgesetz können Deputierte auf eigene Initiative über Themen berichten. Er richtet an Frau Hornhues die Frage, wo ihre Initiative war?

Frau Hornhues äußert sich wie folgt: Es gab vor Jahren zwei Bauvoranfragen, die seitens der Baubehörde abgelehnt wurden. Es gab entsprechende Beiratsbeschlüsse, von Seiten Herrn [REDACTED] gab es einige Jahre kein Signal, dass weiterhin Interesse besteht. Solange habe sie keinen Bedarf gesehen, zumal es Schülerweiterungsfläche lt. Bebauungsplan ist. Im Übrigen stellt sie als Bildungsdeputierte immer noch das Gemeinwohl und die Interessen von Eltern und Schülern vor das Einzelinteresse einer Privatperson.

Herr Hennig verlässt um 19:40 Uhr den Sitzungssaal.

Herr Dr. Schmidtman stimmt prinzipiell zu, Bildung hat Priorität. Die Grünen waren bei der letzten Sitzung noch dafür, dass es nicht frei gegeben wird. Mit Rücksicht auf die Interessen

von Herrn [REDACTED], der nun über Jahre auf die Freigabe des Grundstücks wartet, werden sie nun nicht mehr gegen eine Freigabe stimmen.

Herr Boehlke teilt mit, dass der Beirat mehrfach aufgefordert hat, dass die Stadtgemeinde ihr Vorkaufsrecht ausübt, im Interesse von Herrn [REDACTED]. Dies ist nicht geschehen. Die diversen Verfahrensfehler und damit verbundenen Verzögerungen kann man dem Beirat nicht anlasten.

Herr Hornhues bekräftigt nochmals, dass der Beirat mehrfach gesagt hat, was er will. Wenn eine andere Behörde dann nicht „in den Quark“ kommt, kann der Beirat nichts machen und sollte die Kritik an die Verantwortlichen richten.

Herr Hennig betritt um 19:45 Uhr wieder den Sitzungssaal.

Herr Hennig beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

Nach der Unterbrechung verliest Frau Hornhues einen Beschlussvorschlag.

Beschluss: 11 Ja-Stimmen (6 SPD, 4 CDU, 1 BIW), 5 Nein-Stimmen (4 Grüne, 1 FDP), 1 Enthaltung (Die Linke)

Der Beirat Burglesum bekräftigt seine bisherige Beschlusslage zur Schulerweiterungsfläche in der Straße Blumenkamp und stellt in diesem Zusammenhang kein Einvernehmen nach § 11 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter fest. Er beantragt daher gemäß § 11, Absatz 1 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter eine Befassung dieser Thematik in der zuständigen Deputation.

Das kommunalpolitische Ziel ist es, Burglesum zukünftig in den Fokus von jungen Familien zu rücken. Lediglich die Schaffung von neuem Wohnraum reicht hierfür nicht aus, es bedarf vielmehr ebenfalls einer gut funktionierenden sozialen Infrastruktur. Hierzu zählen vor Ort vor allem Kindergärten und Grundschulen. Es ist daher nach Ansicht des Beirates falsch, diesen städteplanerischen Handlungsspielraum durch einen Verzicht der Schulerweiterungsfläche aufzugeben. Der Beirat Burglesum fordert demnach einen unverzüglichen Ankauf der Fläche durch die Stadtgemeinde Bremen.

Der Beirat Burglesum beantragt ferner gemäß § 11, Absatz 4 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter eine Beratung dieser Thematik in der Stadtbürgerschaft.

TOP 5: Sachstandsbericht zur Erneuerung der Lesum-Brücke und zur Umgestaltung der Grünfläche am Lesum-Ufer

-vertagt auf die nächste Beiratssitzung-

TOP 6: Präsentation des Bauvorhabens "Lesum Zentrum 2" (jetziges Sparkassen-Gebäude)

hierzu Herr Peter Sakuth, Nordbau GmbH, Herr Romeiser Architekt

Herr Boehlke schildert den jetzigen Planungsstand: Die Fertigstellung des Sparkassen-Neubaus steht kurz bevor. Am 12. April wurde die Öffentlichkeit darüber informiert, dass es keinen zweiten Neubau geben wird, sondern das bestehende Gebäude umgebaut werden soll. **Herr Boehlke** bedauert das persönlich sehr und hätte sich gefreut, wenn an dieser zentralen Stelle von Burglesum ein Neubau entstanden wäre, dessen Wurzeln in einem Bürger-Workshop und einem Architekten-Wettbewerb liegen. Ein Gespräch mit dem Zahnarzt von seiner Seite war leider ebenfalls erfolglos. Nun freut er sich aber, dass wir

nach dem Umzug nicht nur auf „Wir sind umgezogen“ Hinweisschilder und einem leeren Gebäude schauen müssen, sondern dass es eine Alternative gibt.

Herr Boehlke begrüßt Herrn Sakuth und Herrn Romeiser und bittet um eine Vorstellung der Pläne.

Herr Romeiser präsentiert zunächst anhand von Bildmaterial die Grundrisse, Schnitte und Ansichten des Umbauvorhabens. Es wird eine Kernsanierung durchgeführt. Das Erdgeschoss wird zu Einzelhandelsflächen umgebaut, das geplante Cafe soll im jetzigen Eingangsbereich der Sparkasse angesiedelt werden. Die 23 Parkplätze im rückwärtigen Bereich bleiben bestehen. Im Tiefgeschoss werden noch zusätzlich 40 Stellplätze geschaffen. Zusätzlich befinden sich im Tiefgeschoss ein Besprechungsraum, diverse Lagerräume und ein Technikraum.

Im 1. Obergeschoß werden barrierefreie Büroflächen entstehen. Dort befinden sich auch die Räumlichkeiten der Zahnarztpraxis. Im 2. Obergeschoss sollen ebenfalls Büroräume entstehen.

Bis auf die Erweiterung des Tiefgeschosses werden keine Erweiterungsarbeiten am Baukörper durchgeführt. Es wird eine neue Fassade entstehen, die aus unterschiedlichen Materialien besteht. Im Sockelbereich wird der Klinkerstein vom Nachbargebäude fortgesetzt.

Herr Hennig bezeichnet das Bauprojekt als keine architektonische Meisterleistung für den Beirat. Er ist davon ausgegangen, dass eine lückenlose Klärung des bestehenden Mietverhältnisses stattgefunden hat. Es verärgert sehr, dass ein Architektenwettbewerb vergebens stattgefunden hat. Die Verantwortlichen sollten sich öffentlich bekennen. Die SPD-Fraktion wird zukünftig nach dem Motto „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“ handeln.

Diskussion mit Wortbeiträgen von **Herrn Hennig, Frau Fricke, Frau Schnaubelt, Frau Hornhues, Frau Punkenburg, Herrn Strecker, Herrn Dr. Schmidtman, Herrn Friesen** und **Frau Müller-Lang**.

Herr Sakuth empfindet die jetzige Situation als nicht angenehm, dass die Fa. Nordbau GmbH & Co.KG die Bedingungen nun so nicht erfüllen kann. Die Konzeption sah eigentlich vor, dass die im jetzigen Gebäude praktizierenden Ärzte die neu gestalteten Räume beziehen. Es gab jedoch große Diskrepanzen, auf diese er hier öffentlich nicht eingehen möchte. Der Mietvertrag wurde mit dem früheren Eigentümer geschlossen. Es gab die Möglichkeit, alles so zu belassen oder als Konsequenz Umplanungen am bestehenden Gebäude zu erstellen.

Herr Sakuth betont, dass die Fa. Nordbau GmbH als Eigentümer der Immobilie sich sehr bemüht hat, den Netto-Markt vor Ort zu halten. Man war auch bereit, zu einem niedrigeren Preis zu vermieten. Er ist überzeugt, dass der Standort Lesum Unterstützung braucht. Die Stellplätze werden an zentralster Stelle vermehrt. Es muss das Interesse aller sein, das Lesumer Zentrum zu stärken.

Die Sitzung wird unterbrochen.

Frau Hornhues verliest einen Beschlussvorschlag.

Beschluss (einstimmig)

Der Beirat Burglesum begrüßt die aktuelle Planung und erwartet von allen Beteiligten, insbesondere vom Bauamt Bremen-Nord, eine zügige Bearbeitung der Bauanträge um eine rasche Realisierung sicher zu stellen.

TOP 7: Nachtrag zur gemeinsamen Erklärung Bremen-Nord (Gemeinsamer Beschlussvorschlag der Fraktionen)

Herr **Boehlke** teilt mit, dass ein gemeinsamer Beschlussvorschlag – unterzeichnet von SPD, CDU, BIW und Die Linke – vorliegt sowie ein Antrag der Grünen.

Frau **Hornhues** verliest den gemeinsamen Antrag.

Es erfolgt die Abstimmung über den gemeinsamen Antrag.

Beschluss 12 Ja-Stimmen (6 SPD, 4 CDU, 1 BIW, 1 Die Linke) 5 Nein -Stimmen (4 Grüne, 1 FDP)

Dem Beirat Burglesum geht die „Gemeinsame Erklärung Bremen-Nord“ nicht weit genug. Diese Resolution für Bremen-Nord ist eine Situationsbeschreibung weshalb wir dem ganzen noch ein paar Forderungen anschließen möchten.

Der Beirat hält fest, dass die Absicht hinter der Resolution nur gelingen kann wenn die begonnen Schritte in Bremen-Nord konsequent weitergeführt und entwickelt werden. Wir fordern daher den Senat auf, die begonnen und bereits geplanten Projekte in Burglesum weiter zu unterstützen und weiterzuentwickeln.

Dazu gehören:

- Die weitere Vermarktung der freien Industrie- und Gewerbeflächen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in Burglesum.
- Weitere Unterstützung des Lonke-Quartiers um eine soziale Stabilität dieses Gebietes zu erreichen.
- Erhalt der Jugendeinrichtungen im Stadtteil.
- Revitalisierung des Heerstraßenzuges Bremerhavener Heerstraße und Burger Heerstraße.
- Bereitstellung von Mitteln für touristische Projekte in Burglesum.
- Schaffung neuer Arbeitsplätze im Stadtteil.
- Ein touristisches Konzept muss touristische Höhepunkte auch in Burglesum verstärkt einbeziehen.
- Die Naherholungsgebiete müssen durch Wegweiser, Ruheplätze, Hinweistafeln und Angebote etc. zu einer touristischen Attraktion für die Region entwickelt werden.
- Die Attraktivität der Stadtteile kann nur durch eine ausreichende Ausstattung an Kinderbetreuungsplätzen und einer guten Schulausstattung gewährleistet werden
- Moderne Wohnformen und die Chance auf Eigentumserwerb müssen in Burglesum weiter vorangetragen verbunden.
- Die Sicherheit der Bürger muss ernst genommen werden und durch begleitende Maßnahmen und gute polizeiliche Maßnahmen unterstützt werden. Die Attraktivität eines Stadtteils und einer Region ist fest mit dem Sicherheitsgefühl ihrer Bürgerinnen und Bürgerinnen und Bürger zusammen.
- Der Sportparksee in Grambke, der durch die weitere Sandentnahme vertieft und erweitert werden soll, muss die politische und finanzielle Unterstützung für die dortigen Sportaktivitäten zugesichert bekommen.

Wir erwarten, von allen Akteuren eine Ernsthaftigkeit und werden die Entwicklung genau verfolgen und gegebenenfalls mahndend einfordern.

Eine solche Absicht, wie in der Resolution beschrieben, kann nur gelingen, wenn sie mit Handeln unterlegt und gelebt wird!

Im Anschluss wird über Antrag der Grünen-Fraktion abgestimmt.

Frau Punkenburg verliest den Antrag: *„Der Beirat möge beschließen: Der Beirat fordert die Einberufung einer Planungskonferenz bzw. Arbeitsgruppe unter Einbeziehung aller relevanten Vereine, Initiativen und interessierten Bürgern, um die touristische Entwicklung in Bremen-Nord voranzubringen. Dies könnte auch unter der Regie des Beirates stattfinden.*

Bei der touristischen Entwicklung sollte an die schon bestehenden touristischen Anziehungspunkte, wie Lesum und Weser, angeknüpft werden und diese weiter touristisch vorangebracht werden.“

Diskussion.

Herr Hennig schlägt vor, den Antrag in den Ausschuss für Umwelt, Tourismus, Sport und Vereine zu überweisen. Weil dies der weitergehende Antrag ist, lässt der Vorsitzende hierüber abstimmen mit folgendem Ergebnis:

Beschluss 11 Ja-Stimmen (6 SPD, 4 CDU, 1 Linke), 4 Nein-Stimmen (4 Grüne), 1 Enthaltung (BIW)

Der Beirat Burglesum überweist den Antrag der Grünen-Fraktion in den Ausschuss für Umwelt, Tourismus, Sport und Vereine.

TOP 8: Dringlichkeitsantrag zum Erhalt des Medienzentrums

Herr Boehlke berichtet, dass der Beirat mehrfach in der Vergangenheit den Erhalt gefordert und hierzu Beschlüsse gefasst hat.

Frau Hornhues verliest den Antrag.

Beschluss einstimmig

Der Beirat Burglesum bekräftigt seine bisherige Beschlusslage zum Medienzentrum Nord. Der Beirat setzt sich einstimmig für die uneingeschränkte Fortsetzung vom Ersten Lesumer Fernsehen ein und unterstützt mit Nachdruck die Forderung das heutige Medienzentrum Nord zu einem Kompetenzzentrum für Medien weiterzuentwickeln. Der Beirat Burglesum fordert die Senatorin für Bildung auf, in Zusammenarbeit mit der Senatorin für Soziales federführend für das Projekt Kompetenzzentrum für Medien in Bremen-Nord einzutreten und die erforderlichen Mittel einzuwerben.

Einen ersten Sachstandsbericht der Senatorin für Bildung und Wissenschaft zur Weiterentwicklung des Medienzentrums Nord erwartet der Beirat auf der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur am 22. Mai 2013.

TOP 9: Mitteilungen des Ortsamtes

9.1 Einladung zur Eröffnung des Spieltreffs Bremen-Nord am 24.06.13 um 11:30 Uhr im Wätjens Park

9.2 **Herr Boehlke** berichtet von der Mittelvergabe der Stiftung Wohnliche Stadt, 1 Tranche. Berücksichtigt wurden die Anträge für die Schulhofgestaltung Burgdamm (15.000€) und der Fitnessparcour der Bremer Heimstiftung (28.990€).

TOP 10: Mitteilungen der Beiratssprecherin

-keine-

**TOP 11: Wünsche und Anregungen in stadtteilbezogenen Angelegenheiten
(bitte möglichst schriftlich)**

- 11.1 **Herr Hennig** stellt den Antrag, dass der Ihlewanderweg zwischen Hindenburgstraße und Klostermühlenweg wieder für barrierefrei hergestellt wird.
- 11.2 **Herr Hennig** fordert, dass die Uferbefestigung der Ihle erneuert wird, damit keine weiteren Versandungen entstehen.
- 11.3 **Herr Hennig** möchte, dass die Zuständigkeiten für den Weg auf dem Flügeldeich (Im Pohl) geklärt werden.
- 11.4 **Herr Hennig** regt an, dass die Zuwegung zum Ökodorf (Lesumbroker Landstraße 62) repariert wird.
- 11.5 **Herr Hennig:** Der Parkplatz des 1. FC Burg muss ausgebessert oder gesperrt werden.
- 11.6 **Herr Hennig:** Wann wird die „Mondlandschaft“ im neuen Bootshafen (Bucht) beim Sportparksee Grambke wieder hergestellt?
- 11.7 **Herr Dr. Schmidtman**n möchte den Sachstand zur Umgestaltung der Lesumwiesen wissen.
- 11.8 **Frau Hornhues:** Die Pfähle zwischen Kränholm und St. Magnus sind umgeknickt.

Herr Boehlke schließt die Sitzung um 21:25Uhr.

Florian Boehlke
Vorsitzender

Bettina Hornhues
Sprecherin des Beirates

Sabine Hell-Nogai
Protokoll